

Keine klare Sprache

Zu: „Bidens Fehler“,
FR-Meinung vom 11. Februar

Russland ist kein Rechtsstaat und verfolgt einen Oppositionellen und Kreml-Kritiker wie Alexej Nawalny mit unerbittlicher Härte, Gewalt und Willkürjustiz. Joe Biden kritisierte Russland zu Recht für seine Menschenrechtsverletzungen und forderte die sofortige Freilassung Nawalyns. Kanzlerin Merkel kritisierte das Urteil als „fernab jeder Rechtsstaatlichkeit“. und Außenminister Heiko Maas forderte ebenfalls Nawalyns sofortige Freilassung. Er fand deutliche, angemessene Worte und kritisierte das Urteil als „herben Schlag gegen fest verbrieftete Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit in Russland“.

Eine ähnlich deutliche und klare Sprache gegenüber der US-Regierung hinsichtlich der Verfolgung von Julian Assange wäre dringend notwendig. Weder von Merkel noch von Maas ist allerdings hier ein Eintreten für Pressefreiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu erwarten.

Maas antwortete auf eine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen zum Fall Assange, er gehöre nicht zu denjenigen, die sich öffentlich entsprechend zu Wort gemeldet hätten. Obwohl der UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer von einem Verfahren spricht, das klar die grundlegenden Standards der Menschenrechte, eines ordentlichen Verfahrens und der Rechtsstaatlichkeit verletzt, gibt es keine Reaktion der Bundesregierung, obwohl das Agieren der US-Regierung ein Schlag gegen die Pressefreiheit ist. Ein glaubwürdiges Eintreten für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit sieht anders aus.

Hermann Roth, Frankfurt

Teure Bauruine

Zu: „CO₂-neutral fliegen“,
FR-Wirtschaft vom 12. Februar

Gerade lese ich in der FR, dass die französische Regierung auf den milliardenschweren Ausbau des Flughafens Charles de Gaulle angesichts der Corona Krise verzichtet. Begründet wird diese wahrhaft kluge Entscheidung mit den Worten, es handele sich um ein überholtes Vorhaben. Man möge sich wünschen, dass die Verantwortlichen in Frankfurt und Wiesbaden dasselbe tun in Bezug auf den Ausbau bzw. das dritten Terminals. Allein der Glaube fehlt mir dazu. Gleichzeitig empfehle ich die dauerhafte Schließung der Landebahn Nordwest, denn sie war und ist nicht nur nicht notwendig, sondern auch „nicht raumverträglich“ gewesen (RP Darmstadt). Hier hätten die Grünen die Chance, etwas für die Umwelt zu tun. Zeit für ein Umdenken? Terminal 3 wird ansonsten eine sehr teure Bauruine für den Steuerzahler werden, davon kann man ausgehen.

Hans Jürgen Beck, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210215.

Sexueller Missbrauch im Medizinbetrieb: Die FR-Redaktion recherchiert und sucht Betroffene, die berichten wollen, was ihnen widerfahren ist. Bitte lesen Sie: frblog.de/uebergreif

Wohnungslose Menschen: Blogtalk mit zwei Autoren, die ein Buch zu diesem Thema geschrieben haben. Bitte lesen Sie: frblog.de/blogtalk-wohnungslos

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert die Diskussion „Wohnen für Alle in Frankfurt“ des Frankfurter Domkreises Kirche und Wissenschaft.

Mit: Gaby Hagmans (Caritas), Susanne Heeg (Humangeografin), Mike Josef (Planungsdezernent, SPD), Conny Petzold (Mietler helfen Mieter) Jan Schneider (Baudezernent, CDU). Stream: youtube.com/user/HausamDom
Donnerstag, 18. Februar, 19 Uhr

Andreas Schwarzkopf moderiert „Keep calm and carry on? Europäische Sicherheitspolitik nach dem Brexit“. Darüber sprechen Katharina Barley (SPD, Vizepräsidentin des EU-Parlaments, David McAllister (CDU, MdEP), und Dirk Peters (HSFK). Aus dem Haus am Dom. Stream: youtube.be/Th_gBckW-54
Mittwoch, 24. Februar, 19 Uhr

Dieses Chaos wird in Erinnerung bleiben

Merkel gegen Lockerungen: „Ein hoher Preis“ und „Klare Regeln für Schulen“, FR-Politik und -Meinung vom 12. Februar

Bitte mehr Logik in den Maßnahmen!

Die vorgestrige Frage lautet nicht: Soll der Lockdown verlängert werden? Das interessiert so niemanden mehr. Sondern: Wie? Bitte mehr Logik, eine realitätsnähere Ethik, Mediation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Natürlich sind Schulen ein Ansteckungsherd; mussten das wirklich erst demonstrierende Schüler erklären? Wie peinlich! Natürlich sind Arbeitsplätze ein Ansteckungsherd – also hier bitte genauer hinschauen, statt Kultur, Gastro, Friseure mit besten Hygienekonzepten pauschal abzustrafen. Einfach nur, weil's einfach ist. Was für ein Schildbürgerturn.

Rita Weigl, Bad Windsheim

Dieses zögerliche Handeln zieht alles in die Länge

Bereits vor zwei Monaten habe ich die Salamtaktik der Politik hinsichtlich des Lockdowns scharf kritisiert und erneure diese Kritik nachdrücklich. Nach derzeitigem Stand haben wir, sollte es im März relevante Lockerungen geben, fast drei Monate das öffentliche Leben mehr oder minder brachgelegt. Der wirtschaftliche Schaden insbesondere beim Einzelhandel, kleine Betrieben und der soziale Schaden bei Kindern und in Familien ist nicht zu bemessen. Ich bin mir sicher – kann es nicht beweisen, befinde mich aber in guter Gesellschaft mit diversen Fachleuten –, dass ein relativ kurzer (drei bis vier Wochen) kompletter Lockdown die Situation derart entschärft hätte, dass Kitas, Schulen und auch Geschäfte wieder im Normalbetrieb unter Beibehaltung der AHA-Regeln wären. Die Anzahl der Nutzer des ÖPNV wäre sehr verringert worden, Begegnungen am Arbeitsplatz ausge-

schlossen. Die Arbeitnehmer hätten Kurzarbeitergeld erhalten oder es hätte auch Betriebsurlaub geben können.

Nun sind sehr viele Menschen nach wie vor in Kurzarbeit oder haben nun doch ihren Job verloren. Impf- und Lockdown-Chaos prägen unser Leben, nehmen uns Lebensfreude und kennzeichnen die Unfähigkeit der meisten Politiker. Das wird nachhaltig in Erinnerung bleiben, wenn sie sich wieder um ein politisches Mandat bewerben.

Ich habe keine Zweifel, dass die derzeitigen Maßnahmen sinnvoll sind (das zeigen ja die nackten Zahlen), aber das zögerliche Handeln zieht die nun doch schon fast unerträgliche Situation erneut unnötig in die Länge. Reinhard Matthies, Pinneberg

Das dicke Ende kommt noch

Die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Patronat unserer famosen Kanzlerin (Verlängerung des Lockdown bis 7. März) ist skandalös und empörend. Da sich die Inzidenzen gefährlich verringerten und mittlerweile nahe am monatelangen Mantra 50 liegen, zauberte man flugs einen neuen Wert (35) aus dem Hut, um eine weitere Kollektiv-Quarantäne zu rechtfertigen. Während die Regierenden kostenlose Krokodilstränen produzieren („hart für die Menschen“), dürfen Gastronomie, Kultur und Klein-Selbständige weiter im Regen stehen.

Das strukturelle Problem besteht darin, dass die politischen Verantwortungsträger ihre Schäfchen im Trockenen haben. Das dicke Ende aber kommt noch – in Form massiver sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen. Dann allerdings wird Frau Merkel bereits das Kanzleramt

geräumt und einen Scherbenhaufen hinterlassen haben, den andere kitzeln müssen.

Hadi Geiser, Oberursel

Man sollte die FFP2-Maske nicht zu lange tragen

Unsere Regierung verlangt von uns, FFP2-Masken zu tragen, um uns und andere zu schützen. Was sie uns aber nicht sagt, sind die Vorbehalte gegen diese Masken. Die FFP2-Maske soll nur maximal 75 Minuten am Stück getragen werden, danach wird eine maskenfreie Pause von 30 Minuten von den Berufsgenossenschaften empfohlen. Auch sollen sich Menschen mit Vorerkrankungen der Atemwege vorher vom Arzt untersuchen und das Okay geben lassen.

Wer schon mal mit diesen Masken arbeiten musste, hat den unangenehmen Geruch beim Auspacken mitbekommen. Ich persönlich ziehe die Maske erst an, wenn sie mindestens eine Stunde entlüftet wurde. Dies mit Recht, wie Untersuchungen des Hamburger Umweltinstituts gezeigt haben (FR vom 4.2.). Es wurden erhebliche Mengen von Schadstoffen entdeckt, und es entsteht Mikroplastik, wenn die Maske längere Zeit oder auch mehrfach getragen wird. Die Mikroplastikteile atmen wir ein und wundern uns später über Lungenerkrankungen.

In dieser Zeit ist es wohl ein normales Vorgehen: Die Politiker verbieten und ordnen an. Der eingeschlagene Weg wird beibehalten, weil Politiker keine Fehler machen. Ein gutes Beispiel ist die Äußerung von Herrn Spahn, der letztes Jahr sagte, dass das Schließen bestimmter Geschäfte ein Fehler war. Und doch werden genau diese Fehler beim zweiten Lockdown wiederholt.

Wolfgang Schneider, Groß-Umstadt

Diskussion: frblog.de/ffp2

Sanieren bedarf größerer Kreativität

Alte Gebäude: „Lieber sanieren“, FR-Wirtschaft vom 14. Februar

Wichtig sind im Bausektor die Vorlieferanten

Gerade einmal zehn Prozent macht der Energieaufwand für Bauen und Sanieren am jährlichen Gesamtenergiestrom unserer 22,5 Mio. Gebäude aus. Demgegenüber dominiert mit 90 Prozent der jährliche Energieverbrauch für Heizung, Warmwasser und Elektrizität. Die Umweltbedeutung der „Grauen Energie“ in den Baustoffen reduziert die zukünftige regenerative Energieerzeugung als Synergieeffekt bei der Decarbonisierung. Eigenstromerzeugung, Prozessoptimierungen durch Kraft-Wärme-Kopplung in der Bauwirtschaft und neue Fahrzeugantriebe für Baustellentransporte tun ihr übriges.

Wichtig sind im Bausektor die Vorlieferanten, Stahl-, Chemie-, Glas, Zementindustrie. Alle arbeiten an Plänen zur Reduktion ihres CO₂-Fußabdruckes. Architekten schieben sich bei

diesem Thema gerne in den Vordergrund, um von den Sünden ihrer Väter abzulenken, dem hohen Energieverbrauch unseres Gebäudebestandes. Das Problem der „Grauen Energie“ wird von der Industrie selbst gelöst. Deshalb kann man manchen Gebäudeabriss trotzdem überdenken, nur: Die Menschheit verbesserte ihre Wohn- und Arbeitsstätten samt Infrastrukturen seit 12000 Jahren, mit Umbauten allein wird es nicht gehen, allein schon wegen des knappen Baugrundes in den Städten. Deshalb ist auch Nachverdichtung bestehender Wohnsiedlungen für Wohnungsbau gesellschaften kein neues Thema, wie z.B. in der Frankfurter Platten-Siedlung.

Es ist auch gut zu wissen: Der 60-Prozent-Anteil der Bauwirtschaft am Abfallaufkommen ist nicht allein Bauschutt, sondern vor allem Erdaushub. Der hohe 40-Prozent-Anteil des Bausektors am CO₂-Ausstoß ent-

puppt sich zu 90 Prozent als Emissionen aus der Gebäudeheizung. Werner Eicke-Hennig, Frankfurt

Um manche Gebäude ist es nicht schade

Nach meinen Erfahrungen im Berufsleben wird gern abgerissen, denn es hat eine Reihe von Vorteilen: Abreißen und Neubauten sind einfacher zu planen und bringen mehr Honorar für die Planer und mehr Baukosten für die Firmen, damit mehr Gewinn. Sanieren bedarf größerer Anstrengungen und Kreativität, birgt mehr Risiko. Sanieren wird teurer kalkuliert, Neubau billiger, um dies durchzusetzen. Den Argumenten im Artikel, die für Sanieren sprechen, stimme ich voll zu: Historisch wertvolle Architektur wird erhalten. Allerdings finde ich, dass viele Neubauten der letzten Vergangenheit nicht besonders sehenswert sind und es nicht schade ist, wenn sie verschwinden. Volkmar Köhler, Offenbach